

02.06.2020

**Wo bleibt die Stadtentwicklungsgesellschaft? Fragt der Bürgerliche Aufbruch Mülheim**

“Am 11.10.2018 hat der Rat der Stadt Mülheim auf unseren Antrag hin mehrheitlich beschlossen, die Gründung einer Stadtentwicklungsgesellschaft zu empfehlen.” Stellt der Oberbürgermeisterkandidat des Bürgerlichen Aufbruchs Mülheim fest. Seinerzeit hätte in der Debatte zu diesem Punkt die SPD Fraktion darauf hingewiesen, dass dies schließlich eine Idee der SPD Fraktion wäre, die durch den vorliegenden Antrag des BAMH neu belebt würde.“ Erfreulicherweise fand der von uns gestellt Antrag eine Mehrheit im Rat, und der Verwaltung wurde damit ein Auftrag erteilt, eine entsprechende Beschlussvorlage zu erarbeiten. Ein halbes Jahr später wurde von der Verwaltung eine entsprechende Vorlage dazu eingebracht, nach der die Ruhrbania Projektentwicklungsgesellschaft mbH in die geplante Stadtentwicklungsgesellschaft überführt werden sollte. Dazu gab es allerdings keinen Beschluss, da die Verwaltung selbst diese Vorlage noch in der Diskussion zur Tagesordnung der Ratssitzung am 11.04.2019 zurückgezogen hat,” führt der Oberbürgermeisterkandidat weiter aus. Seither herrsche Ruhe an dieser Front, und auch bei den Fraktionen, die seinerzeit den initialen Beschluss auf Grund des Antrages des BAMH mitgetragen haben - unter anderem auch die Fraktion der SPD - scheint das Thema in Vergessenheit geraten zu sein. “Nicht aber bei uns”, so Dr. Martin Fritz weiter. “Wir haben das für unsere Stadt so wichtige Thema am 17.02.2020 in einem neuerlichen Antrag für den Wirtschaftsausschuss mit dem Titel ‘Wo bleibt die beschlossene Stadtentwicklungsgesellschaft für Mülheim?’ aufgegriffen und die Verwaltung muss nun auf der Sitzung am 22.06. Farbe bekennen, warum sie seit fast zwei Jahren einem Beschluss des Rates nicht nachkommt” .Das eine solche Stadtentwicklung notwendig sei, darüber herrsche bei weiten Teilen von Politik und Wirtschaft Einigkeit. Leider habe man auf Grund der Untätigkeit der Verwaltung wertvolle Zeit verloren, um dem Niedergang der Innenstadt Mülheims entgegenzuwirken. Angesicht der Brisanz dieses Themas sei es aktuell um so verwunderlicher, dass Teile des politischen Lebens der Stadt Mülheim den schon seit mehreren Jahren laufenden Prozess als neu deklarieren und so tun, als ob in dieser Beziehung neue Ideen auf den Tisch gelegt würden. Möglicherweise rühre das aus der Unkenntnis über die schon im Gang befindlichen Prozesse. “Wenn überhaupt momentan in dieser Beziehung Meinungsäußerungen notwendig sind, dann in Richtung einer Kritik an der mangelhaften Umsetzung von Ratsbeschlüssen durch die Verwaltung”, resümiert der Oberbürgermeisterkandidat des Bürgerlichen Aufbruchs.